

grüner pfeffer

Informationsbulletin der Grünen Basel-Stadt

DEMOKRATIE ENTWICKELT SICH WEITER BEWEGEN WIR UNS MIT.

1833
Basler
Bürger

1848
Katholiken

1866
Juden

1966
Frauen

1975
Ausland-
schweizer

1989
18-Jährige

2x

26. 9. 2010
JA ZUM STIMM-
UND WAHLRECHT
FÜR ALLE MIT
NIEDERLASSUNGS-
BEWILLIGUNG

Inhalt

Ausländerstimmrecht	2-3
Ein Dorf wehrt sich	3
Sinnvolle Verdichtung (2)	4
junges grünes bündnis	5
Graue Energie im Bauwesen	6-7
Initiative Öffnung zum Rhein	8
AVIG-Revision	9
Infomarkt und Varia	10

Abstimmungen vom 26. September

Ausländerstimmrecht

Graue Energie im Bauwesen



GRÜNE

Grüne Partei Basel-Stadt

Stimmrecht für Migrantinnen und Migranten - Abstimmung vom 26. Sept.

Am 26. September stimmen wir in Basel-Stadt über das Stimm- und Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten und den regierungsrätlichen Gegenvorschlag ab. Wir Grünen haben die Initiative unterstützt und setzen uns für ein deutliches Ja ein.

„Im Kanton Basel-Stadt besitzt ein Drittel der ständigen Wohnbevölkerung die schweizerische Staatsangehörigkeit nicht. Davon sind drei Viertel in der Schweiz geboren oder leben seit mehr als zehn Jahren im Kanton, weshalb sie auch als fester Bestandteil der Basler Gesellschaft wahrgenommen werden. Sie sind unverzichtbare Mitglieder der Gesellschaft, der Wirtschaft, der Quartierarbeit, des sozialen Lebens und aktiv an gesellschaftlichen und kulturellen Anlässen beteiligt. Vollständige Integration bedeutet aber auch die Möglichkeit der aktiven Teilhabe an politischen Prozessen...“ Soweit das Zitat aus der Botschaft der Regierung. Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen. Politische Partizipation wirkt integrations- und identifikationsfördernd und sie entspricht der Chancengleichheit, welche gemäss kantonalem Integrationsgesetz angestrebt wird.

Die Schweiz ist eine direkte Demokratie. Das Mitbestimmungsrecht hat einen hohen Stellenwert. Mitbestimmen heisst auch Verantwortung übernehmen, sich engagieren und mitzugestalten. Die Demokratie wurde seit der Gründung des Bundesstaates stetig ausgebaut. Wer kann es sich heute noch vorstellen, dass einst Juden und Katholiken in Basel kein Stimm- und Wahlrecht hatten und dass Frauen erst 1966 im Kanton Basel-Stadt mitbestimmen und in Gremien gewählt werden durften. Wer macht heute den 18-Jährigen das Recht auf Mitbestimmung noch streitig – bei der Herabsetzung des Mündigkeitsalter 1989 gab es noch grosse Ängste. Rechte und Pflichten gehen in unserem Rechtsstaat Hand in Hand. Ausländerinnen und Aus-

länder haben die Pflicht AHV und Steuern zu bezahlen. Ihr Kinder unterliegen gleichermassen der Schulpflicht. Soll der Grundsatz ernst genommen werden, dass mit Pflichten auch Rechte einhergehen, so muss aus der Erfüllung dieser Pflichten auch das Recht auf Mitbestimmung einhergehen.

Die Kantone Neuenburg und Jura, sowie zahlreiche Gemeinden – selbst im Kanton Appenzell Ausserrhoden – kennen das Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer seit vielen Jahren. Sie haben damit durchwegs gute Erfahrungen gemacht. Wie in den meisten Orten soll das Stimm- und Wahlrecht auch in Basel an die Niederlassungsbewilligung und mind. 5 Jahre Aufenthalt im Kanton gekoppelt werden. So ist gewährleistet, dass jemand mind. 10 Jahre in der Schweiz lebt, bevor er/sie von diesem Recht Gebrauch machen kann. Bei den Kirchen in Basel haben Ausländerinnen und Ausländer dieses Recht im Übrigen ab dem ersten Tag. In der EU haben EU-StaatsbürgerInnen in allen EU-Ländern das aktive und passive Wahlrecht. Packen wir die Chance für ein weltoffenes, fortschrittliches Basel.

Die Initiative möchte Ausländerinnen und Ausländer das passive und aktive kantonale Stimm- und Wahlrecht geben. Der Gegenvorschlag der Regierung schliesst die Wahl in öffentliche Ämter aus. Stimmen wir 2 x Ja und unterstützen bei der Stichfrage die Initiative.



Anita Lachenmeier
Nationalrätin
Grüne Basel-Stadt



Impressum

grüner pfeffer -
Informationsbulletin der
Grünen Partei Basel Stadt

Herausgeberin:

Grüne Partei Basel-Stadt,
Greifengasse 7, Postfach 1442,
4001 Basel,
061/383 98 33,
sekretariat@gruene-bs.ch,
www.gruene-bs.ch
PC 40-19338-4

Auflage:

ca. 950 Stk., erscheint 4 mal jährlich

Abo:

Fr. 25.- (für Mitglieder im
Jahresbeitrag inbegriffen)

Redaktion:

Philippe Bovet, Harald Friedl,
Eveline Rommerskirchen

Druck:

Rumzeis, Basel

grüner pfeffer Nr. 03 |
September 2010

Das Stimmrecht für Migrantinnen und Migranten - aus der Sicht eines Migranten



Ali Shamseen ist 57-jährig und verheiratet. Ali ist in Syrien geboren und hat dort Grundschule und Matura absolviert. Er hat Physik studiert und besitzt einen Dokortitel in der Informatik. Er ist freier Mitarbeiter des Collegium Basilea (Institute of Advanced Study)

Ali, wie lange lebst du schon in der Schweiz und wieviele Jahre davon in Basel-Stadt?

Meine Heimat Syrien habe ich bereits früh verlassen und ein Physikstudium im Irak und ein Informatikstudium in Athen abgeschlossen. In die Schweiz bin am 1.12.1997 gekommen und lebe nun seit Juli 2002 in Basel.

Wieso möchtest du abstimmen können?

Das Stimm- und Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten ist einer der wichtigsten Schritte im Prozess der Integration von

Migrantinnen und Migranten in die schweizerische Gesellschaft. Es verbessert das Vertrauen zwischen der Ausländischen und Schweizerischen Bewohnerinnen und Bewohner. Neben der Stärkung der Hingabe an örtliche Gewohnheiten baut das Stimm- und Wahlrecht Brücken in der Kommunikation zwischen der ursprünglichen und einer neuen Gesellschaft in der Schweiz.

Die Teilnahme an Abstimmungen und Wahlen gibt uns das Gefühl, dass wir Teil dieser Gesellschaft sind, Teil einer Schweizerischen Gesellschaft, die sich in mehreren Aspekten reflektieren muss, auch in der Politik.

Chega!* - Ein Dorf wehrt sich (*portugiesisch für es reicht!)

Capanema ein Dorf im südlichen Brasilien. In den 50er Jahren schafften es die ansässigen Bauern eine aggressive Kolonialfirma und deren Desperados zu vertreiben. Die Region um Capanema ist deshalb eine der wenigen Regionen Brasiliens, wo Kleinbauernwirtschaft überlebt hat. Aber neues Ungemach bedroht die Existenzgrundlage der Bauern.

Mit der Intensivierung der Landwirtschaft Brasiliens in den 80er Jahren kam es zu vielen tödlichen Unfällen bei der Anwendung von Pestiziden. Eine Gruppe von Bauern in Capanema beschloss gänzlich auf Spritzmittel zu verzichten, biologische Soja war eine Alternative. In den 90er Jahren schafften es diese Bauern sich sukzessive einen Markt aufzubauen. Auf der anderen Seite wenden in der Umgebung konventionelle Bauern gentechnisch verändertes Saatgut (GVO) und immer neue Spritzmittel an, verführt durch grosse Versprechungen von der mächtigen Agroindustrie. Die vom Staat vernachlässigten peripheren und armen Regionen sind ein idealer Ort, um in Europa schon lange verbotene Spritzmittel loszuwerden und Geschäfte zu machen.

Es ist für die Biobauern schwer zu ertragen, dass sie nicht nur härter arbeiten, sondern auch noch immense Anstrengungen unternehmen müssen, um ihre Soja von der GVO-Soja der Nachbarn und vom Einfluss der Spritzmittel freizuhalten. Es liegt an ihnen, Schutzhecken gegen Pestizide zu erstellen. Mit einem Teil ihrer Ernte müssen sie die geliehenen Mähdrescher reinigen, um GVO Kontaminationen zu vermeiden. Weitere Investitionen fließen in separate Warenflüsse und Analysen. Ein in der Nachbarschaft eingesetztes Pestizid ist Endosulfan. Es baut sich in der Umwelt nur sehr langsam ab und ist bereits in der Anwendung potentiell tödlich. Seit 1991 in Deutschland verboten, verkauft unter anderem Bayer in der Region Capanema Endosulfan bis heute. Der Verkauf wird offenbar forciert und hat sich zwischen 2008 und 2009 verdoppelt. Die Biobauern haben in ihrer diesjährigen Soja so viel Endosulfan, dass sie wohl nicht mehr als Bio verkauft werden kann. Werte von bis zu 0.05ppm Endosulfan sind zwar immer noch 10x unter dem gesetzlichen Grenzwert für die Zulassung in der Lebensmittelindustrie, aber für Bioprodukte zu viel.

In ihrem Überlebenskampf bitten die Bauern um Unterstützung. Zunächst geht es darum, eine von möglichst vielen Menschen unterschriebene Petition an die brasilianischen Behörden und Botschaften zu schicken, mit der Aufforderung, per sofort Endosulfan zu verbieten. Der Zeitpunkt ist günstig, da die brasilianische Zulassungsbehörde im Moment die Zulassung diverser Pestizide prüft. Als Kommunikationsplattform wurde die Website www.chega.org aufgeschaltet, auf der die Petition an die brasilianische Regierung abgeschickt werden kann.

Verdichtung? Ja, aber 'eyes wide open' (2)

Im letzten Heft hatten wir durch verschiedene Beispiele aufgezeigt, wo man in Basel verdichten und dadurch eine andere Baupolitik im Gang setzen könnte. Unsere Detektivarbeit ging weiter und hat drei andere Grossbasler Beispiele ans Licht gebracht:



Philippe Bovet
Journalist, Vorstand
Grüne Basel-Stadt



Ein Einfamilienhaus (EFH) mit Garage:

Ein typisches Beispiel, wo man sehr leicht viel erreichen kann. Anstelle einer Parkfläche könnte man eine echte Wohnstruktur anbieten. Das EFH auf dem Bruderholz besitzt eine Garage und davor eine Parkmöglichkeit. Die Garage kann auf die Höhe des bestehenden Hauses aufgestockt und erweitert werden. Das neue Gebäude kann die Parkfläche integrieren oder noch besser darauf verzichten.



Am Rande eines Bürogebäudes:

An der Ecke Auberg / Rümelinbachweg, in der Nähe der Heuwaage, stehen acht Parkplätze für die Mitarbeiter einer Firma zur Verfügung. Hier könnte die Stadt dem Besitzer die Frage stellen, warum er nicht auf dieser Fläche Wohnungen (mit oder ohne Erdgeschossparkplätzen) bauen lässt. Für eine Firma ist eine bebaute Fläche mit Mietzinsen wirtschaftlicher als nur Parkplätze für die Mitarbeitenden anzubieten.

Aus einem Rest macht man's best:

Klar ist es mühsam, eine solche Betonmasse wegzuräumen. Es wäre intelligenter die graue Energie (siehe Seite 6) des Bunkers in Betracht zu ziehen und diesen alten Bunker mit einer ein- oder zweistöckigen Holzkonstruktion aufzustocken. Daraus könnte man ein einmaliges Einfamilienhaus mit Sicht auf Basel anbieten, ohne den Charakter des Margarethenhügel gross zu verändern.



Zu Besuch im Kernkraftwerk Beznau

Gemeinsam mit den jungen grünen Aargau unternahm das junge grüne Bündnis NWCH einen Ausflug in den tiefsten Aargau auf die Aareinsel Beznau.

Nachdem wir nun schon einige Aktionen gegen den Atomstrom und für erneuerbare Energien gemacht haben, war es nun an der Zeit, die Produktion des Atomstrom aus nächstmöglicher Nähe zu betrachten. Mit Kaffee und Gipfeli rüsteten wir uns in Brugg gegen die PR-Duschen der Axpo.

Das Kernkraftwerk Beznau (KKB) ist auf einer Aareinsel gelegen, leider hat die schöne Umgebung den massiven Sechzigerjahre Betonbau nicht im Geringsten beeinflusst. Nach einer kurzen Einführung über die wichtigsten Vorzüge des Atomstroms, den guten Willen der Axpo und einige Fakten zum KKB, durften wir die eigentliche Produktionsstätte – zumindest das äussere davon – betreten. Schon ein erster Blick machte klar, mehr Grün müssen wir nicht nach Beznau tragen, die meisten Wände, innen und aussen, sind bereits lindgrün gestrichen. Aber Grün angestrichen macht noch keine grüne Einstellung.

Als erstes besichtigten wir den Kontrollraum, unsere Hostess erzählte begeistert, dass die Technik aus dem Jahre 1969 noch funktioniert – ein Wissen, dass uns eher beunruhigte, aber im Vordergrund standen auch noch einige modern aussehende Computer.

Das KKB hat keinen Kühlturm, sondern wird ausschliesslich mit Aarewasser gekühlt. Dabei wird das Wasser aus dem Fluss abgezogen, gereinigt und in Röhren durch den heissen Dampf geleitet um danach wieder in die Aare zurück gegeben zu werden. Beim anschliessenden Rundgang durften wir diese Leitungen mit dem Aarewasser berühren, das Wasser, welches in die Aare zurück fliesst ist um spürbare 9°C wärmer. Bezeichnenderweise wird intern die Stelle, an welcher das Wasser wieder in den Fluss zurückfliesst, Beznau-Beach genannt.

Am Nachmittag besichtigten wir dann noch das Zwischenlager (Zwila) in Würenlingen. Hier wird der gesamte radioaktive Abfall der Schweiz für die Endlagerung vorbereitet. Zwar fehlt es noch an einem Endlager, was sie aber offensichtlich nicht am Vorbereiten hindert. Im Zwila wird der schwach radioaktive Abfall so gut es geht dekontaminiert, also jene Teile die gereinigt werden können werden gereinigt, das definitiv verseuchte Material wird zerkleinert, eingeschmolzen und in ein Fass zur Endlagerung gesteckt. Auch der hoch radioaktiv verseuchte Abfall, also die verbrauchten Brennstäbe der Kernkraftwerke, wird in Fässern gelagert. Alle diese Fässer kommen in grosse, im Moment noch weitgehend leere Hallen und warten darauf, dass sich Politik und Volk endlich auf ein Endlager einigen. Dass dies noch einige Zeit dauern könnte, wird von unserer Axpo-Hostess mit Bedauern bemerkt, ihr wäre es am liebsten die Fässer wären möglichst bald weit, weit unter der Erde. Schliesslich braucht es noch mehr Platz im Zwila – denn die Axpo weiss schon, wo sie ein neues Kernkraftwerk auf der Aareinsel bauen will.

Wir hingegen hätten gerne dort wo nun das KKB steht bald wieder Natur und echtes Grün, denn wir wissen, dass wir ein neues Kernkraftwerk verhindern wollen und werden.



Wagten sich in die Höhle des Löwen, VertreterInnen der jungen grünen Aargau und Nordwestschweiz

Die vergessene graue Energie

Trotz ökologischer Krise wird in Basel - und auch anderswo in der Schweiz - viel abgerissen und neu gebaut. Vor allem bei Grossprojekten merkt man, dass die graue Energie der alten Gebäude nicht berücksichtigt wird.

Die graue Energie eines Gebäudes definiert sich als diejenige Energie, die man von der Baustudie bis zum Abriss verwendet hat. Es beinhaltet alle Materialien, ihre Herstellung und Transport, den Kranaufbau, den Betrieb der Baugeräte, Lieferungen und LKW-Bewegungen... nicht zu vergessen den Gebäudeunterhalt. Ein Abriss selber verbraucht viel Energie, wenn man die Strukturen kaputt schlägt, abtransportiert, entsorgt oder recycelt. Mit dem Abriss geht alles und für immer verloren, es ist vergleichbar mit dem Brand eines Waldes, bei welchem das gespeicherte CO₂ in die Luft abgelassen wird. Im Gegenteil zum weitverbreiteten Glauben, bringt der Abriss einer alten Struktur zugunsten eines Minergie-Neubaus keinen Umweltvorteil.

Der Zürcher Architekt Karl Viridén hat 2009 in Basel an der Feldbergstrasse 4 und 6 aus einer alten Bausubstanz eine energiepositive Struktur erstellt. Sechs Jahre davor hatte er in Zürich Ähnliches getan. Diese Sanierung an der Limmat ist von der ETH gut dokumentiert worden.

Alle Materialien und Transporte wurden bewertet und in kWh und Tonnen ausgewiesen. Das vierstöckige Zürcher MFH, das an der Magnusstrasse steht, stammt aus dem Jahr 1894. Ein Abriss und Neubau des Hauses mit Minergie P Standard wurde auf 112 kWh/m²/Jahr Energie veranschlagt. Ein Abriss mit Neubau eines konventionellen Hauses hätten 200 kWh/m²/Jahr bedeutet. Die Minergie P Sanierung verbraucht hingegen bloss 82 kWh/m²/Jahr.

Die Bilanz in Tonnen ist noch eindrücklicher. Das alte Gebäude wiegt 970 Tonnen. Da die Sanierung nachhaltig war, wurden möglichst viele Elemente wieder-



In den kommenden Monaten wird diese Betonmasse von Basel-West ganz verschwinden. Ein Stück Geschichte und viel CO₂ gehen dadurch verloren.

verwendet (Dachziegel, Türen...) und nur 4% der Gebäudemasse, d.h. 43 Tonnen, sind abtransportiert worden. 92 Tonnen, also rund 10% der Masse sind zur Baustelle gebracht und verbaut worden (darunter vor allem Dämmung). Mit der Sanierung sind also nur 135 Tonnen (43 + 92) bewegt worden. Ein Neubau hätte den Abtransport der 970 Tonnen des alten Gebäudes und die Lieferung einer neuen Gebäudemasse (ca. 600 Tonnen da man heute leichter baut als damals) verlangt. Insgesamt 1570 Tonnen. 135 gegen 1570 Tonnen, die Zahlen sprechen für sich.

Für den unabhängigen französischen Energieexperten Olivier Sidler, der im Baubereich und der Energiepolitik zu den besten Fachleuten Europas zählt, ist die Frage der grauen Energie zentral im Rahmen von dem was der IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) Direktor Rajendra K. Pachauri vor kurzem sagte, nämlich dass wir die Konzentrationskurve der Treibhausgase vor 2015 umgedreht haben müssen. Wenn nicht, könnte es mit dem Klima schnell schlimmer werden. Olivier Sidler: «Bei dieser Aussichtsfrage sind ab sofort alle Einsparungen willkommen. Jedes

Mal wenn es möglich ist, ist es tausend Mal besser ein Gebäude zu sanieren statt es abzureissen. Die Treibhausgasbilanz kommt ohne Zweifel besser raus.»

Der schweizerische Ingenieur- und Architektenverein (SIA) hat Ende 2009 ein Merkblatt zum Thema „graue Energie von Gebäuden“ herausgegeben. In der Einleitung des SIA Merkblatt 2032 steht: «Moderne Niedrigstenergiehäuser mit Vorbildcharakter verbrauchen heute nicht viel mehr als 40 MJ pro m² Geschossfläche und Jahr (oder 12 kWh/m²/Jahr). Dagegen beträgt die Graue Energie, die in einem neuen Gebäude in Form von Baumaterialien und Technik steckt, in der Regel – umgerechnet auf die Nutzungsdauer – zwischen 80 und 100 MJ pro m² Geschossfläche und Jahr (entspricht 22 bis 27 kWh/m²/Jahr). Deshalb gewinnt die Graue Energie eines Gebäudes als Aspekt zur Beurteilung der ökologischen Nachhaltigkeit zunehmend an Bedeutung.» Die graue Energie eines Minergie-Neubaus ist also doppelt so hoch wie der Energieverbrauch über die gesamte Nutzungsdauer, um so interessanter wird es mit dieser Erkenntnis alte Strukturen zu erhalten und weiter-

zuverwenden. Olivier Sidler fügt noch hinzu: «Wenn nichts auf der sozialen oder menschliche Ebene zu einem Abriss zwingt, muss man die Struktur behalten und sanieren, egal wie schwierig oder kostenaufwendig es ist. Es ist eine Frage der Kohärenz im Bereich Treibhausgase und Energieverbrauch.»

Zwischen Novartis-Campus und Rhein, am ehemaligen Hafen St. Johann, wird in den kommenden Monaten viel rückgebaut. Das alte Kinderspital beider Basel wird abgerissen und neue Wohnstrukturen entstehen. Auch wenn diese energieeffizient und zum Teil aus Holz sein werden, verschwindet das Alte. Man hätte sie eventuell nicht weiterverwenden können, vielleicht aber doch. Wenn auch

nur Teilbereiche die z.B. aufgestockt werden können.

Das gleiche gilt bei der Erweiterung des Kunstmuseums. Auf die Frage, ob beim Museumsneubau an die Verwendung der alten Gebäude gedacht wurde, antwortete Bernhard Bürgi, Direktor des Kunstmuseum Basel, dass das Erweiterungsprojekt mit dem «Loch» an der Ecke Dufourstrasse und St-Alban-Vorstadt beginnt. Sollte man nicht die Kreativität der Architekten fordern, indem bei der Ausschreibung die Vorgabe eventueller Weiterbenützung eines bestehenden Gebäudes aufgenommen wird. Wäre nicht gerade im Kunstbereich solch eine Überlegung gut angekommen?

Diese generelle Infragestellung des Abreissens bedeutet nicht, dass man aus ökologischen Grün-

den nichts mehr abreißen darf. Man muss sich nur den Abriss gut und umfassend überlegen. Macht es in Basel Sinn im Quartier A Büros abzureissen und im benachbarten Quartier B neue zu erstellen? Es ist sicherlich gut für die Bauwirtschaft, nicht aber für die CO₂-Bilanz. Ein Beispiel eines sinnvollen Teilabbruchs wäre im Bereich der Kaserne. Hier könnte wirklich Lebensqualität gewonnen werden.

kWh = Kilowattstunde
1 MJ = 3.60 kWh



Philippe Bovet
Journalist, Vorstand
Grüne Basel-Stadt

Novartis versus VELAG:

Im Jahre 2003 schloss die Tierfutterfabrik VELAG in Bregenz ihre Tore. Die Firma, der das Gebäude inklusive Silos gehört, ist willig die industrielle Struktur zu erhalten und beauftragt das Architekturbüro Dietrich-Untertrifaller die Weiterverwendung zu prüfen. Aus den Hallen entstehen energieeffiziente Wohnungen verschiedener Grösse. Die Silos werden zu riesigen Pellettlager eines neuen Wärmeverbands umgenutzt.

Diese Sanierung ist zum Modell der Wiederbelebung alter Strukturen und des Nachdenkens über die graue Energie geworden. Das Architekturbüro hat 2006-2007 den Preis der Zukunft der Stadt Bregenz erhalten, eine Anerkennung die zeigt, wie man auf eine intelligente Art und Weise scheinbar nutzlose Bauten wiederverwenden und einem Quartier mehr Charme schenkt als manch nur funktionelle Neubau dies tut. Obwohl mit Silos und industriellen Hallen bestückt, herrscht im ehemaligen Hafen St. Johann zwischen Novartis Campus und Rhein eine andere Ideologie: die Politik des Tabula Rasa



In Bregenz, Voralberg, hat ein mutiges Architekturbüro eine ehemalige industrielle Halle in eine Vielzahl von Wohnungen umgewandelt.

Kantonale Volksinitiative - Öffnung zum Rhein

Eine lebendige städtische Kultur lebt nicht vom Geld allein, sondern ebenso von den zur Verfügung stehenden Räumen und Freiräumen.

Seit 30 Jahren wird in regelmässigen Abständen über die Kaserne, das Gebäude – notabene ein militärischer Bau – seine Nutzung, Geld oder Personal diskutiert. Nachdem die Regierung mit dem Vorschlag zur seitlichen Öffnung äusserst vorsichtig blieb, hat das Komitee „Kulturstadt Jetzt“ eine Volksinitiative für die Öffnung des Kasernen-Hauptbaus zum Rhein lanciert. Diese soll der Entwicklung des Basler Kasernenareals eine neue Dynamik verleihen und mutige, zukunftssträchtige Lösungen ermöglichen. Das Basler Kasernenareal hat mit seiner speziellen Kulisse das Potenzial für einen einmaligen, modernen städtischen Platz. Dieses wird heute noch viel zu wenig genutzt.

Heute wird nur der vordere Teil des Areals richtig genutzt. Im hinteren Teil hingegen, werden Autos parkiert und am Abend herrscht eine seltsame Hinterhofstimmung. Mit der Öffnung kann das Areal belebt und die Rheinmeile um ein Vielfaches erweitert werden. Alle bisherigen Veranstaltungen sollen auch in Zukunft stattfinden können. Die Initiative fordert einen öffentlichen Wettbewerb für die baulichen Massnahmen und die Entwicklung des gesamten Areals.

Die Zeit ist reif für einen mutigen Schritt! Die Unterschriftensammlung ist im Gang.

Der Unterschriftenbogen kann unter www.kulturstadt-jetzt.ch/news.html heruntergeladen werden.



Mirjam Ballmer
Grossrätin,
Geschäftsleitung
Grüne Basel-Stadt



Eine mögliche Vorstellung, wie die Kaserne vom Rhein her gesehen nach einer Öffnung aussehen könnte. Weitere solche Ansichten sind auf der Website: www.kulturstadt-jetzt.ch aufgeschaltet. Foto Bildkraft.ch

Nein zum Abbau der Arbeitslosenversicherung (AVIG-Referendum)

Am 26. September kommt erneut eine Vorlage zur Abstimmung, die den Abbau einer Sozialversicherung zum Inhalt hat. Der geplante Abbau der Leistungen in der Arbeitslosenkasse trifft Junge, Frauen und Ältere, eine Verlagerung der Betroffenen zu den Sozialhilfestellen der Gemeinden und Kantone wäre bei Annahme unweigerlich die Folge.

Die Arbeitslosenkasse ist unbestritten in Schieflage. Seit Jahren schreibt die Versicherung rote Zahlen im Bereich einer Milliarde Franken jährlich, der Schuldenberg hat inzwischen 7 Milliarden erreicht. Gründe hierfür sind die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre mit steigender Arbeitslosigkeit, aber auch eine Unterfinanzierung der Kasse durch falsche Annahmen. Es ist sinnvoll, dass eine Arbeitslosenversicherung während einer Wirtschaftskrise Schulden macht und die Konjunktur stützt und während den Boomjahren das Defizit abbaut. Dies ist aber in der Phase 2003 bis 2008 zu wenig passiert. Bei der letzten Revision im Jahre 2002 wurde der Lohnabzug von 3 auf 2% gesenkt und das Solidaritätsprozent gestrichen aufgrund der falschen Annahme von durchschnittlich 100'000 Arbeitslosen, effektiv lag diese Zahl, auch schon vor der herrschenden Wirtschaftskrise viel höher.

Der Handlungsbedarf ist vorhanden. Bleibt die Frage nach dem Wie. Im geltenden Arbeitslosenversicherungsgesetz (AVIG) ist ein Mechanismus gegen zu hohe Verschuldung vorgesehen. Übersteigen die Schulden 2.5% der beitragspflichtigen Lohnsumme kann der Bundesrat die Lohnabzüge auf den Einkommen bis 126'000 Franken um 0.5% erhöhen und die für Einkommen zwischen 126'000 und 315'000 ein Solidaritätsprozent einführen. Von dieser Regelung wollen Bundesrat und eidgenössische Räte nun aber nichts mehr wissen und haben eine Revision der Arbeitslosenversicherung durchs Parlament gedrückt.

Die Revision sieht vor, die Beitragsätze nur noch auf 2.2% zu erhöhen und bis zum Schuldenabbau das Solidaritätsprozent einzuführen. Dadurch sollen Mehreinnahmen von 650 Mio generiert werden. Auf der anderen Seite sollen durch einen massiven Leistungsabbau 620 Mio. eingespart werden.

Durch die Leistungskürzungen sind vor allem Neu- und Wiedereinsteigerinnen ins Berufsleben betroffen (Schulabgänger, Mutterschaft etc.). Es ist nur noch eine Bezugsdauer von 90 Tagen (bisher 260 Tage) für diese Gruppe vorgesehen. Bei unter 25 Jährigen wird die Bezugsdauer von heute 400 auf 200 Bezugstage reduziert. Bei über 55 Jährigen wird, wenn die Beitragszeit vor Arbeitslosigkeit weniger als 24 Monate beträgt, die Bezugsdauer um bis zu 140 Tage gekürzt. Daneben gibt es Verschlechterungen bei der Anrechnung des Zwischenverdienstes und den Zwang für unter 30 Jährige jegliche Arbeit anzunehmen.

Die Einkommen ab 126'000 Franken sind heute von der Beitragspflicht ausgenommen. Dies bedeutet, dass je mehr jemand verdient, desto tiefere prozentuale Abgaben müssen an die Versicherung geleistet werden. Wären alle Einkommen, wie bei der AHV, zur Finanzierung der Arbeitslosenversicherung gleich beitragspflichtig, hätte die Kasse kein Defizit. Ein Ansatz, der diskutiert werden muss.

Die vorgelegte Revision ist kein ausgewogener Vorschlag, wie ihn die Bürgerlichen darstellen, sondern ein Sparprogramm auf dem Rücken der Opfer der Wirtschaftskrise und der Gemeinden. Die nationale DV der Grünen hat die Nein-Parole ausgegeben und das Referendum unterstützt. Diese Revision verdient es zurück an den Absender geschickt zu werden.



Harald Friedl
Vizepräsident
Grüne Partei Basel-
Stadt

Infomarkt und Varia

Interna

Die Grünen sind aktiv:

Gehzeugaktion

Am Abstimmungssonntag vom 13. Juni 2010, wo über die Parkraumbewirtschaftung in Basel-Stadt abgestimmt wurde, hat die Grüne Partei Basel-Stadt einen Gehzeug-Umzug durch die Basler Innenstadt durchgeführt. Die Vehikel wurden anschliessend vor dem Rathaus geparkt. Mit dieser Aktion wollten wir aufzeigen wieviel Fläche von Autos tagtäglich belegt werden. Leider hat die Aktion nicht zu einem besseren Abschneiden der Vorlage zur Parkordnung beigetragen. Diese wurde ja bekanntlich äusserst knapp abgelehnt.



Interna

Die Grünen haben Positionen:

Kulturpapier

Der Vorstand vom 17. August hat ein Kulturpapier verabschiedet. Wir fordern darin, dass das vielfältige Basler Kulturleben nicht Opfer der bürgerlichen Sparwut wird. Basel soll als Kulturstadt weiterhin Akzente setzen können, dafür braucht es auch finanzpolitischen Spielraum. Wir lehnen deshalb eine Plafonierung des Kulturbudgets entschieden ab. Das Papier ist auf unserer Website www.gruene-bs.ch als pdf einzusehen und kann dort runtergeladen werden.

Abstimmungen

Kantonale Abstimmung vom 26. September 2010

JA zur Initiative Stimmrecht für Migrantinnen und Migranten

JA zum Gegenvorschlag

Stichfrage: **Initiative**

(siehe auch Seiten 2-3)

Nationale Abstimmung vom 26. September 2010

NEIN zur Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG) (siehe auch Seite 9)

Termine

Ausstellung 2°

21. August 2010 bis 20. Februar 2011

Kunstfreilager Dreispitz
Mehr Infos zur Ausstellung und zum Begleitprogramm unter www.2grad.ch

Faktor 5-Festival

Donnerstag 16. September

17:00, Museum Kleines Klingental.
Verleihung des Publikumpreises Faktor 5. Gastreferat Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker.
Mehr Infos unter: www.sun21.ch

SES Fachtagung

Freitag 17. September

08:30-17:00, Technopark Zürich
Mehr Infos unter: www.energiestiftung.ch

Führung bei Juwi

Samstag 2. Oktober

Der Förderverein, SolarRegio Kaiserstuhl lädt regelmässig zu Besichtigungen von Energieanlagen oder Ökofirmen der Region ein. Am 02.10 ist das Energieunternehmen Juwi (www.juwi.de) dran. www.SolarRegio.de

Details zu Veranstaltungen auf unserer Website: www.gruene-bs.ch

Kontaktformular der Grünen Partei Basel-Stadt

- Ich will Mitglied werden!** Jahresbeitrag 150.- (Reduktion für Erwerbslose)
- Ich interessiere mich für die Grüne Partei!** Bitte nehmt mit mir Kontakt auf
- Ich bestelle ein Abonnement für den Grünen Pfeffer!** Fr. 25.--

Name, Vorname:

Strasse: Plz./Ort:

E-Mail: Tel.:

Einsenden an: **Grüne Basel-Stadt, Greifengasse 7, Postfach 1442, 4001 Basel**
E-Mail: sekretariat@gruene-bs.ch

Konto: **PC 40-19338-4**
Website: www.gruene-bs.ch

